Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler
Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
per E-Mail an: bk01@bk.bund.de

Bundesminister der Finanzen
und Stellvertreter des Bundeskanzlers
Herrn Lars Klingbeil
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
per E-Mail: lars.klingbeil@bmf.bund.de

cc:
Vorsitzenden der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Dr. Matthias Miersch
matthias.miersch@bundestag.de

Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Herrn Jens Spahn
jens.spahn@bundestag.de

Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
Herrn Alois Rainer
alois.rainer@bmleh.bund.de

Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
Frau Katherina Reiche
katherina.reiche@bmwe.bund.de

Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit
Herrn Carsten Schneider
carsten.schneider@bmukn.bund.de

Berlin, 27. Oktober 2025

EUDR - Stop the Clock, Rechtssicherheit schaffen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,

am vergangenen Mittwoch, dem 21. Oktober, hat die EU-Kommission - entgegen bisherigen Ankündigungen - vorgeschlagen, die *EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte* (EUDR) in einer noch zu überarbeitenden Fassung nun doch starten zu wollen. Der Vorschlag skizziert Maßnahmen, welche die seit Jahren diskutierte Durchführung des überaus bürokratischen Regelwerks erleichtern sollen. Grundsätzlich begrüßen wir Erleichterungen – besonders die Reduzierung von überflüssigen Sorgfaltspflichten.

Insgesamt müssen wir jedoch feststellen: Das anhaltende Hin und Her rund um den Start der Verordnung sowie die unzulänglichen Änderungsvorschläge, die jetzt auf den Tisch gelegt wurden, sind eine Zumutung für alle Marktbeteiligten. Die Kommission fügt mit diesem Vorgehen dem Vertrauen in eine vernünftige und verlässliche EU-Gesetzgebung schweren Schaden zu. Dass auch Bundesminister Alois Rainer, der in Ihrem Kabinett für die Verordnung federführend ist, den Kommissionsvorschlag dezidiert kritisiert und weitreichende Nachbesserung fordert, findet deshalb unsere volle Zustimmung.

In den zurückliegenden Wochen hat auch die Kommission erklärt, dass immer noch wichtige IT-Voraussetzungen für die Umsetzung fehlen, so dass ein Fehlstart der Verordnung nicht ausgeschlossen werden kann. Trotzdem soll die EUDR nun doch zum Jahreswechsel starten, und zwar mit veränderten Regeln, die unsere Betriebe mit neuen Rahmenbedingungen konfrontieren. Dieser Widerspruch wirft die betroffenen Betriebe wenige Wochen vor dem geplanten Geltungsbeginn in ihren Vorbereitungen weit zurück und verursacht Chaos sowie massive Verunsicherung auf den Märkten. Für unseren Wirtschafts- und Investitionsstandort ist dies ein weiterer schwerer Rückschlag.

Der Kommissionsvorschlag zielt zwar darauf, den bürokratischen Aufwand für einige betroffene Gruppen einzudämmen, die mit der EUDR verbundenen massiven Anwendungsprobleme bleiben jedoch in vollem Umfang bestehen. Erhebliche neue Probleme kommen für die Wirtschaft hinzu. Daran ändert auch eine sechsmonatige Übergangsphase nichts. Wir brauchen keinen wie auch immer gearteten "Softstart". Wir benötigen Rechtssicherheit für die Anwendung dieses sehr weitreichenden Gesetzes.

Mit diesem Ziel vor Augen haben unsere Branchen die Verantwortlichen in den zurückliegenden Monaten immer wieder auf grundlegende technische, administrative und strukturelle Mängel sowie auf viele Unklarheiten hinsichtlich der EUDR-Anwendung hingewiesen. Diese Hinweise wurden und werden von der Kommission weitgehend ignoriert.

Damit die Verordnung von allen betroffenen Marktbeteiligten rechtssicher, transparent und mit angemessenem Aufwand durchgeführt werden kann, ist eine für alle Akteure geltende Verschiebung um mindestens ein Jahr unerlässlich. Die so gewonnene Zeit muss für eine

systematische Überarbeitung genutzt werden, mit dem Ziel, das EU-Regelwerk grundlegend zu vereinfachen, auf die Ursachenbekämpfung von Entwaldung auszurichten, praktikabler zu gestalten und EU-weit einheitlich umzusetzen.

Wir benötigen jetzt vor allem Verlässlichkeit, Transparenz und einen "Stop the Clock", um den weitreichenden Schaden zu begrenzen, den das Vorgehen der Kommission verursacht. Es drohen massive Störungen für Märkte und Lieferketten, die mit hohen Kosten verbunden sind und insgesamt die Versorgungssicherheit gefährden.

Darum appellieren wir an Sie, nun als Koalitionspartner gemeinsam zu handeln und alles daran zu setzen, dass durch eine konsistente Überarbeitung der EUDR endlich Praktikabilität, Vereinfachung sowie Planungs- und Rechtssicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden können. Die bisherige, sehr konstruktive Zusammenarbeit mit dem BMLEH hat gezeigt, dass dies möglich ist. Dem wichtigen Bekenntnis zur Bekämpfung von Überregulierung und Bürokratie müssen Taten folgen – in Berlin und vor allem in Brüssel.

Wir sind bereit, hieran aktiv mitzuwirken und stehen Ihnen für einen tieferen Austausch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen